



NRW-Ministerin Christa Thoben war zu Gast in Ahlen. Das Bild zeigt (v. l.) Petra Michalczak-Hülsmann, Benedikt Ruhmüller, Christa Thoben und Jürgen Henke. Thoben stellte sich den Fragen des Ahlener Mittelstandes. Bild: Voß-Loermann

Ministerin rät: Grundsatzdebatten vermeiden

Von unserer Mitarbeiterin
LISA VOSS-LOERMANN

Ahlen (at). Für 17 Uhr war die Ministerin den Mitgliedern des Industrie- und Wirtschaftsclubs (IWC) und der Mittelstandsinitiative Ahlen am Donnerstagnachmittag angekündigt. Als Christa Thoben nach 17.30 Uhr eintraf, wurde sie trotz Verspätung herzlich begrüßt von IWC-Chef Jürgen Henke.

Zuvor jedoch ergriff Bürgermeisterin Ruhmüller die Gelegenheit, den anwesenden Unternehmern und Geschäftsleuten der Ahlener Wirtschaft die neue Geschäftsführerin der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf (gfw), Petra Michalczak-Hülsmann, vorzustellen, die den Besuch der Wirt-

schaftsministerin aus Düsseldorf begleitet hatte und die nach Firmenbesuchen unter anderem bei der Firma Leifeld Spinning in Ahlen dem Südkreis eine große Produktivität und Kreativität bescheinigte.

Doch dann hatten die Mittelständler der Wersestadt die Gelegenheit, ihre brennenden Fragen von höchster Stelle beantwortet zu bekommen. Den Anfang machte der Bürgermeister, der sich danach erkundigte, wie beispielsweise Kommunen möglichst unbürokratisch und schnell an die von Berlin versprochenen Mittel kämen. Statt einer Antwort gab's die Ermahnung, die Kommunen seien gehalten, jetzt nicht umzufinanzieren, sondern nur ohnehin geplante Maßnahmen umzusetzen. „Nicht, dass es heißt, das Krankenhaus soll sehen, wo es

bleibt, wir renovieren das Rathaus.“ Diese Aussage Thobens löste große Heiterkeit aus, auch wenn die Ministerin sie nicht auf Ahlener Verhältnisse gemünzt hatte. „Sie glauben gar nicht, was in einen Menschen hineingeht, wenn es nichts kostet“, so die flapsige Antwort Thobens auf die ähnlich gelagerte Frage aus dem Publikum, wie man schnell an die Mittel komme. Daher seien genauere Prüfungen der Bedürftigkeit auch in der Wirtschaft angezeigt, um zu vermeiden, dass Geld abgerufen werde, um im Nirgendwo zu verschwinden, ohne den gewünschten Effekt zu erzielen. Energieprobleme, so die Ministerin, ließen sich am Besten durch Sparen lösen. Derzeit werde bei alten Häusern, aber auch in der Wirtschaft unvorstellbar viel verschwendet. „Was wir sparen,

brauchen wir nicht zu importieren und zu produzieren.“ Bei den erneuerbaren Energien setze sie auf die Wärmepumpentechnik, die gefördert werde. Förderung von Solarenergie erhöhe nicht die Sonneneinstrahlung in unseren Breiten. Wer eine Renaissance der Kernenergie in Deutschland wünsche, müsse im Herbst nur richtig wählen. Auf die Frage nach einer Zurückhaltung der Verstaatlichung bestimmter Betriebe gab Thoben zu bedenken, dass derzeit kein Raum für Grundsatzdebatten sei.

Außerdem erinnerte sie daran, dass große Betriebe in den vorigen vier bis fünf Jahren gut verdient hätten. „Ist das Geld immer rausgezogen worden? Also müsste man selbst mit einer dramatischen Flaute zumindest für kurze Zeit umgehen können.“